

Abgabenordnung: AO

Klein

17. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-80150-1
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Klein
Abgabenordnung



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Abgabenordnung

einschließlich Steuerstrafrecht

Bearbeitet von

Dr. Eva-Maria Gersch

Rechtsanwältin

Prof. Dr. Markus Jäger

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof

Dr. Philipp Maetz

Richter am Finanzgericht

Bernd Rätke

Vorsitzender Richter am Finanzgericht

Dr. Eckart Ratschow

Richter am Bundesfinanzhof

Reinhart Rüsken

Rechtsanwalt,
Richter am Bundesfinanzhof a. D.

Prof. Dr. Francesca Werth

Vorsitzende Richterin am Bundesfinanzhof

Begründet von

Prof. Dr. Franz Klein†

Präsident des Bundesfinanzhof a. D.

Gerd Orlopp†

Ministerialrat im Bundesministerium der
Finanzen a. D.

17., völlig neubearbeitete Auflage 2024



C.H. BECK

Zitierweise:

Klein/Gersch AO § 1 Rz. 1
Klein/Jäger AO § 369 Rz. 1
Klein/Maetz AO § 30 Rz. 1
Klein/Rätke AO § 16 Rz. 1
Klein/Ratschow AO § 37 Rz. 1
Klein/Rüsken AO § 33 Rz. 1
Klein/Werth AO § 218 Rz. 1


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
www.beck.de

ISBN 978 3 406 80150 1

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse GmbH
Birkstraße 10, 25917 Leck
Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 17. Auflage

Mit der Ihnen vorliegenden 17. Auflage beginnt nun eine neue Zeitrechnung; denn der *Klein* erscheint ab sofort jährlich, so dass nach der 16. Auflage aus dem Jahr 2022 nun ein Jahr später die 17. Auflage veröffentlicht wird. Der Grund hierfür ist denkbar einfach: Der Gesetzgeber ist seit geraumer Zeit im Bereich der AO derart aktiv, dass eine nur zweijährige Kommentierung dem Aktualitätsanspruch des *Klein* nicht mehr gerecht werden würde. Aus den letzten Jahren beispielhaft erwähnt seien hier die Neuregelungen zu den Meldepflichten nach §§ 138a ff., zur Außenprüfung nach §§ 193 ff., zum Datenschutz gemäß §§ 32a ff. oder aber zur elektronischen Kassenbuchführung gemäß §§ 146a und 146b.

Die aktuelle Auflage des *Klein* berücksichtigt in der gewohnten Qualität die neueste Rechtsprechung, BMF-Schreiben und Schreiben der Landesfinanzbehörden sowie die einschlägige Literatur. Gesetzesstand dieser Neuauflage ist der 30.6.2023.

Verfahrensrechtliche Themen gab es im letzten Jahr reichlich, wobei es nicht nur aus steuerlicher Sicht erfreulich ist, dass das Thema „Corona“ etwas in den Hintergrund getreten ist.

Hervorzuheben ist etwa die Entscheidung des BVerfG vom 6.12.2022 (2 BvL 29/14, NJW 2023, 1430) zur Verfassungsmäßigkeit des Übergangs vom Körperschaftsteuerrechtlichen Anrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren, die richtungsweisende Grundsätze zum Umfang des gesetzgeberischen Ermessens aufstellt und deutlich macht, dass die Verfassungsgrundsätze zum Gleichheitssatz, zur Verhältnismäßigkeit und Zumutbarkeit sowie zum Schutz des Eigentums vom Gesetzgeber bei einem Systemwechsel im Steuerrecht beachtet werden müssen. Im Gemeinnützigkeitsrecht geht es aktuell vor allem um die Anwendung des ermäßigten Steuersatzes bei Zweckbetrieben im Sinne von §§ 65 ff. AO, etwa beim Fahrsicherheitstraining (BFH 17.11.2022 – V R 33/21 (V R 26/18), DStR 2023, 276).

Große praktische Bedeutung haben die Neuregelungen für die Außenprüfung, die durch das sog. DAC 7-Umsetzungsgesetz vom 20.12.2022 (BGBl. 2022 I 2730) eingeführt worden sind: Sie sollen einerseits zu einer Beschleunigung der Außenprüfung und auch zu einer Verkürzung der Ablaufhemmung führen, andererseits droht für die Steuerpflichtigen Ungemach in Gestalt des neuen qualifizierten Mitwirkungsverlangens gemäß § 200a, das ein Mitwirkungsverzögerungsgeld von bis zu 25.000 € pro Tag der Mitwirkungsverzögerung nach sich ziehen kann. Diese Neuregelungen gelten zwar grundsätzlich nur für Steuern, die ab dem 1.1.2025 entstehen; jedoch ist nach Art. 97 § 37 III EGAO die Anwendbarkeit auf zuvor entstandene Steuern vorgesehen, wenn für diese Steuern eine Prüfungsanordnung nach dem 31.12.2024 bekanntgegeben wird. Mit den Neuregelungen sollte man sich daher rechtzeitig befassen.

Ein weiterhin sehr relevantes Thema sind die Folgen der Zinsentscheidung des BVerfG zur Höhe des Zinssatzes für Erstattungs- und Nachzahlungszinsen nach § 233a AO. Der Gesetzgeber hat zwar mit der Neuregelung des § 238 Ia bis Ic AO auf die Entscheidung reagiert; doch stellt sich nun die Frage, ob der unverändert bei 6 % p.a. liegende Zinssatz für die übrigen Zinsen wie z.B. Aussetzungs-, Stundungs- oder Hinterziehungszinsen verfassungskonform ist. Bei den Säumniszuschlägen geht es sogar um 12 % jährlich, die aus Sicht des BFH trotz ihres Zinsanteils verfassungskonform sein sollen (BFH 15.11.2022 – VII R 55/20, BStBl. II 2023, 621). Ob mit dem Urteil des BFH das letzte Wort gesprochen ist, darf bezweifelt werden, solange es keine BVerfG-Entscheidung zu den Säumniszuschlägen und übrigen Zinsen gibt.

Vorwort

Nicht unerwähnt bleiben sollte das Thema Meldepflichten. Hier entwickelt sich im Abschnitt der §§ 138a bis 138k AO ein wahres Normen-Ungeheuer, das wohl nur die wenigsten Rechtsanwender beherrschen. Der *Klein* versucht hier weiterhin, etwas Struktur zu schaffen, die das Verständnis dieser Normen erleichtern soll. Ein weiterer Brennpunkt bleibt die elektronische Kassenbuchführung, die gesetzgeberisch durch §§ 146 bis 146b AO begleitet wird, in der Praxis aber auf viele Probleme stößt. Insbesondere die Frage der Anwendbarkeit der §§ 146 bis 146b AO auf die Einnahmen-Überschussrechnung könnte durch den Gesetzgeber – endlich einmal – mühelos geklärt werden.

Im nächsten Jahr wollen wir die 18. Auflage veröffentlichen und damit den Einjahres-Rhythmus auch künftig umsetzen. Die Regelungsfreude des Gesetzgebers – oder sollte man es schon „Regelungswut“ nennen? – lässt nicht nach: Wer sich den Gesetzentwurf zum Wachstumschancengesetz durchliest, wird feststellen, dass der Gesetzentwurf auf 24 Seiten neuen Gesetzestext zur AO und EGAO enthält – wohlgemerkt: Gesetzestext, nicht die Begründung zum Gesetz, die weitere 55 Seiten umfasst!

Um den Umfang des Kommentars nicht unnötig anwachsen zu lassen, nehmen wir Kommentierungen zu älteren Gesetzesfassungen heraus. Für Sie als Leser bleiben die Kommentierungen ab der 10. Auflage aber weiterhin unter beck-online.beck.de (Rubrik „weitere Auflagen“) abrufbar, sofern Sie über ein Abonnement eines entsprechenden Online-Moduls verfügen.

In redaktioneller Hinsicht konnte die Umstellung der Zitierweise der Rechtsprechung abgeschlossen werden. Demnach enthalten nun sämtliche Urteilszitate auch die Nennung von Datum und Aktenzeichen, um den Online-Nutzern einen einfachen Zugriff auf die Entscheidungen zu ermöglichen.

Für einen guten AO-Kommentar braucht man gute Autoren, aber gute Autoren brauchen einen guten Lektor, der sie unterstützt, ihnen hilft, sie aber auch antreibt und kritisch die Texte liest. Wir haben das große Glück, einen solchen Lektor in Herrn *Andreas Goerdeler* gefunden zu haben, der nun schon zum zweiten Mal die Verantwortung für den *Klein* übernommen hat und dem wir ganz herzlich für die sehr gute Zusammenarbeit danken!

Ein guter Kommentar braucht schließlich aber auch gute und aufmerksame Leser. Sollten also Sie, liebe Leser, Fehler bemerken oder Anregungen und Kritik äußern wollen, sind wir dafür sehr dankbar und bitten Sie, hierfür die E-Mail-Adresse Steuerrecht@beck.de zu nutzen. Vielen Dank im Voraus!

Im September 2023

Die Autoren

Vorwort zur 1. Auflage

Die erste grundlegende Änderung der RAO von 1919 durch die AO 1977 macht es notwendig, daß alle Erläuterungswerke zur AO völlig neu bearbeitet werden müssen. In der bei den Juristen bekannten Reihe Beck'scher Kurzerläuterungen der Gerichts- und Verwaltungsverfahrensordnungen wird mit der Kommentierung der AO eine wesentliche Lücke für den steuerberatenden Beruf geschlossen. Die Autoren waren bemüht, ein handliches Erläuterungswerk für den täglichen Gebrauch in der Praxis zu schaffen, das sich an Art und Systematik der vorliegenden bewährten Bände der Reihe orientiert.

Bei den Erläuterungen wurde die Begründung des Gesetzentwurfs (BT-Drucks. VI/1982) und der schriftliche Bericht (BT-Drucks. VII/4292) soweit wie möglich aufgenommen. Die gerichtlichen Entscheidungen sind so ausgewählt, daß möglichst nur jeweils die letzte oder die wichtigste zitiert wurde, über die dann der Benutzer zu den früheren Entscheidungen finden kann. Da die Erlasse, Richtlinien und allgemeinen Verwaltungsanweisungen noch einer umfassenden Überprüfung bedürfen, ob und inwieweit sie unter der Geltung der AO 1977 überarbeitet und neu erlassen werden sollen, haben es die Verfasser auf sich genommen, die in den Verwaltungsanweisungen etc. niedergelegten Rechtsgrundsätze auf ihre Vereinbarkeit mit der AO zu überprüfen und, soweit sie als fortgeltend anzusehen sind, bei den betreffenden Bestimmungen in die Erläuterungen eingearbeitet. Die zur Ergänzung der RAO erlassene Beitreibungsordnung ist durch das Einführungsgesetz zur AO 1977 ausdrücklich aufgehoben worden. Eine neue Beitreibungsordnung ist in Vorbereitung.

Der Einführungserlaß zur AO 1977 wurde, soweit erforderlich, bei den einzelnen Paragraphen eingearbeitet und zum Teil im Wortlaut eingefügt.

Das ganze Werk ist von Grund auf neu erstellt und wird eventuell noch bestehende Verbesserungsmöglichkeiten gern in den weiteren Auflagen berücksichtigen. Die Bearbeitung entspricht dem Stande vom Februar 1977 und hat die in der Diskussion befindlichen Verwaltungsanordnungen soweit als möglich berücksichtigt.

Dem Verlag sind wir für die vortreffliche Betreuung und für viele Anregungen zu großem Dank verpflichtet.

Es haben bearbeitet die Paragraphen 1–3, 218–368 Ministerialdirektor Dr. Franz Klein, die Einführung sowie die Paragraphen 4–217 und 369–415 Ministerialrat Gerd Orlopp.

Bonn, im März 1977

Die Verfasser

Bearbeiterverzeichnis

Es wurden bearbeitet von

Dr. Eva-Maria Gersch

§§ 1–15, Vor 51–68

Prof. Dr. Markus Jäger

Vor §§ 369–415

Dr. Philipp Maetz

§§ 29b–32j, 193–207

Bernd Rätke

§§ 16–29a, 78–117d, 134–154, Vor 347–368

Dr. Eckart Ratschow

§§ 37–49, 118–129, 179–190

Reinhart Rüsken

§§ 33–36, 50, 69–77, 130–133, 155–178a, 191–192, 208–217, 233–240

Prof. Dr. Franceska Werth

§§ 218–232, Vor 241–346

Hinweise:

Lücken bei den Randziffern bzw. gelegentliche Randziffernsprünge sind *bewusst gesetzt*, damit notwendige Ergänzungen in späteren Auflagen nicht eine Änderung *aller* Randziffern der betreffenden Kommentierung erforderlich machen.

Die **Kommentierungen ab der 10. Auflage** sind im Rahmen der Online-Version des „Klein“ weiterhin unter beck-online.beck.de (Rubrik „weitere Auflagen“) abrufbar, sofern Sie über ein Abonnement eines entsprechenden Online-Moduls verfügen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 17. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Bearbeiterverzeichnis	VIII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII

Erster Teil Einleitende Vorschriften

Erster Abschnitt. Anwendungsbereich	3
§ 1 Anwendungsbereich	3
§ 2 Vorrang völkerrechtlicher Vereinbarungen	7
§ 2a Anwendungsbereich der Vorschriften über die Verarbeitung personenbezogener Daten	12
Zweiter Abschnitt. Steuerliche Begriffsbestimmungen	14
§ 3 Steuern, steuerliche Nebenleistungen	14
§ 4 Gesetz	29
§ 5 Ermessen	49
§ 6 Behörden, öffentliche und nicht-öffentliche Stellen, Finanzbehörden	58
§ 7 Amtsträger	62
§ 8 Wohnsitz	63
§ 9 Gewöhnlicher Aufenthalt	72
§ 10 Geschäftsleitung	75
§ 11 Sitz	76
§ 12 Betriebstätte	77
§ 13 Ständiger Vertreter	86
§ 14 Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	88
§ 15 Angehörige	98
Dritter Abschnitt. Zuständigkeit der Finanzbehörden	101
§ 16 Sachliche Zuständigkeit	101
§ 17 Örtliche Zuständigkeit	104
§ 18 Gesonderte Feststellungen	107
§ 19 Steuern vom Einkommen und Vermögen natürlicher Personen	113
§ 20 Steuern vom Einkommen und Vermögen der Körperschaften, Personenvereinigungen, Vermögensmassen	119
§ 20a Steuern vom Einkommen bei Bauleistungen	121
§ 21 Umsatzsteuer	125
§ 22 Realsteuern	127
§ 22a Zuständigkeit auf dem Festlandsockel oder an der ausschließlichen Wirtschaftszone	128
§ 23 Einfuhr- und Ausfuhrabgaben und Verbrauchsteuern	129
§ 24 Ersatzzuständigkeit	131
§ 25 Mehrfache örtliche Zuständigkeit	132
§ 26 Zuständigkeitswechsel	133
§ 27 Zuständigkeitsvereinbarung	139
§ 28 Zuständigkeitsstreit	142
§ 29 Gefahr im Verzug	143
§ 29a Unterstützung des örtlich zuständigen Finanzamts auf Anweisung der vorgesetzten Finanzbehörde	143

Vierter Abschnitt. Verarbeitung geschützter Daten und Steuer-	
geheimnis	144
§ 29b Verarbeitung personenbezogener Daten durch Finanzbehörden	144
§ 29c Verarbeitung personenbezogener Daten durch Finanzbehörden zu anderen Zwecken	151
§ 30 Steuergeheimnis	156
§ 30a [aufgehoben]	194
§ 31 Mitteilung von Besteuerungsgrundlagen	194
§ 31a Mitteilungen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Leistungsmissbrauchs	197
§ 31b Mitteilungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung	200
§ 31c Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten durch Finanzbehörden zu statistischen Zwecken	204
Fünfter Abschnitt. Haftungsbeschränkung für Amtsträger	205
§ 32 Haftungsbeschränkung für Amtsträger	205
Sechster Abschnitt. Rechte der betroffenen Person	209
§ 32a Informationspflicht der Finanzbehörde bei Erhebung personenbezogener Daten bei betroffenen Personen	209
§ 32b Informationspflicht der Finanzbehörde, wenn personenbezogene Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	211
§ 32c Auskunftsrecht der betroffenen Person	213
§ 32d Form der Information oder Auskunftserteilung	216
§ 32e Verhältnis zu anderen Auskunfts- und Informationszugangsansprüchen	217
§ 32f Recht auf Berichtigung und Löschung, Widerspruchsrecht	217
Siebter Abschnitt. Datenschutzaufsicht, Gerichtlicher Rechtsschutz in datenschutzrechtlichen Angelegenheiten	219
§ 32g Datenschutzbeauftragte der Finanzbehörden	219
§ 32h Datenschutzrechtliche Aufsicht, Datenschutz-Folgenabschätzung	220
§ 32i Gerichtlicher Rechtsschutz	222
§ 32j Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Angemessenheitsbeschlusses der Europäischen Kommission	225

Zweiter Teil Steuerschuldrecht

Erster Abschnitt. Steuerpflichtiger	227
§ 33 Steuerpflichtiger	227
§ 34 Pflichten der gesetzlichen Vertreter und der Vermögensverwalter	233
§ 35 Pflichten des Verfügungsberechtigten	240
§ 36 Erlöschen der Vertretungsmacht	243
Zweiter Abschnitt. Steuerschuldverhältnis	243
§ 37 Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	243
§ 38 Entstehung der Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	266
§ 39 Zurechnung	273
§ 40 Gesetz- oder sittenwidriges Handeln	294
§ 41 Unwirksame Rechtsgeschäfte	297
§ 42 Missbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten	306
§ 43 Steuerschuldner, Steuervergütungsgläubiger	341
§ 44 Gesamtschuldner	343
§ 45 Gesamtrechtsnachfolge	349

§ 46	Abtretung, Verpfändung, Pfändung	354
§ 47	Erlöschen	364
§ 48	Leistung durch Dritte, Haftung Dritter	368
§ 49	Verschollenheit	369
§ 50	Erlöschen und Unbedingwerden der Verbrauchsteuer, Übergang der bedingten Verbrauchsteuerschuld	369
Dritter Abschnitt. Steuerbegünstigte Zwecke		370
<i>Vor § 51</i>		370
§ 51	Allgemeines	377
§ 52	Gemeinnützige Zwecke	386
§ 53	Mildtätige Zwecke	410
§ 54	Kirchliche Zwecke	415
§ 55	Selbstlosigkeit	416
§ 56	Ausschließlichkeit	431
§ 57	Unmittelbarkeit	433
§ 58	Steuerlich unschädliche Betätigungen	439
§ 58a	Vertrauensschutz bei Mittelweitergaben	448
§ 59	Voraussetzung der Steuervergünstigung	450
§ 60	Anforderungen an die Satzung	453
§ 60a	Feststellung der satzungsmäßigen Voraussetzungen	457
§ 60b	Zuwendungsempfängerregister	461
§ 61	Satzungsmäßige Vermögensbindung	462
§ 62	Rücklagen und Vermögensbildung	465
§ 63	Anforderungen an die tatsächliche Geschäftsführung	472
§ 64	Steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe	479
§ 65	Zweckbetrieb	484
§ 66	Wohlfahrtspflege	491
§ 67	Krankenhäuser	495
§ 67a	Sportliche Veranstaltungen	498
§ 68	Einzelne Zweckbetriebe	506
Vierter Abschnitt. Haftung		514
§ 69	Haftung der Vertreter	514
§ 70	Haftung des Vertretenen	545
§ 71	Haftung des Steuerhinterziehers und des Steuerhehlers	548
§ 72	Haftung bei Verletzung der Pflicht zur Kontenwahrheit	553
§ 72a	Haftung Dritter bei Datenübermittlungen an Finanzbehörden	555
§ 73	Haftung bei Organschaft	556
§ 74	Haftung des Eigentümers von Gegenständen	560
§ 75	Haftung des Betriebsübernehmers	564
§ 76	Sachhaftung	572
§ 77	Duldungspflicht	574

Dritter Teil

Allgemeine Verfahrensvorschriften

Erster Abschnitt. Verfahrensgrundsätze		577
1. Unterabschnitt. Beteiligung am Verfahren		577
§ 78	Beteiligte	577
§ 79	Handlungsfähigkeit	579
§ 80	Bevollmächtigte und Beistände	583
§ 80a	Elektronische Übermittlung von Vollmachtsdaten an Landesfinanzbehörden	597
§ 81	Bestellung eines Vertreters von Amts wegen	600

2. Unterabschnitt. Ausschließung und Ablehnung von Amtsträgern und anderen Personen	602
§ 82 Ausgeschlossene Personen	602
§ 83 Besorgnis der Befangenheit	604
§ 84 Ablehnung von Mitgliedern eines Ausschusses	605
3. Unterabschnitt. Besteuerungsgrundsätze, Beweismittel	606
I. Allgemeines	606
§ 85 Besteuerungsgrundsätze	606
§ 86 Beginn des Verfahrens	611
§ 87 Amtssprache	612
§ 87a Elektronische Kommunikation	614
§ 87b Bedingungen für die elektronische Übermittlung von Daten an Finanzbehörden	622
§ 87c Nicht amtliche Datenverarbeitungsprogramme für das Besteuerungsverfahren	623
§ 87d Datenübermittlungen an Finanzbehörden im Auftrag	624
§ 87e Ausnahmeregelung für Einfuhr- und Ausfuhrabgaben, Verbrauchsteuern und die Luftverkehrsteuer	626
§ 88 Untersuchungsgrundsatz	627
§ 88a Sammlung von geschützten Daten	643
§ 88b Länderübergreifender Abruf und Verwendung von Daten zur Verhütung, Ermittlung und Verfolgung von Steuerverkürzungen	644
§ 88c Informationsaustausch über kapitalmarktbezogene Gestaltungen	645
§ 89 Beratung, Auskunft	647
§ 89a Vorabverständigungsverfahren	665
§ 90 Mitwirkungspflichten der Beteiligten	675
§ 91 Anhörung Beteiligter	691
§ 92 Beweismittel	698
II. Beweis durch Auskünfte und Sachverständigengutachten	700
§ 93 Auskunftspflicht der Beteiligten und anderer Personen	700
§ 93a Allgemeine Mitteilungspflichten	720
§ 93b Automatisierter Abruf von Kontoinformationen	726
§ 93c Datenübermittlung durch Dritte	728
§ 93d Verordnungsermächtigung	734
§ 94 Eidliche Vernehmung	735
§ 95 Versicherung an Eides statt	737
§ 96 Hinzuziehung von Sachverständigen	740
III. Beweis durch Urkunden und Augenschein	742
§ 97 Vorlage von Urkunden	742
§ 98 Einnahme des Augenscheins	746
§ 99 Betreten von Grundstücken und Räumen	746
§ 100 Vorlage von Wertsachen	750
IV. Auskunfts- und Vorlageverweigerungsrechte	750
§ 101 Auskunfts- und Eidesverweigerungsrecht der Angehörigen	750
§ 102 Auskunftsverweigerungsrecht zum Schutz bestimmter Berufsgeheimnisse	752
§ 103 Auskunftsverweigerungsrecht bei Gefahr der Verfolgung wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit	758
§ 104 Verweigerung der Erstattung eines Gutachtens und der Vorlage von Urkunden	761
§ 105 Verhältnis der Auskunfts- und Vorlagepflicht zur Schweigepflicht öffentlicher Stellen	764
§ 106 Beschränkung der Auskunfts- und Vorlagepflicht bei Beeinträchtigung des staatlichen Wohls	765

V. Entschädigung der Auskunftspflichtigen und der Sachverständigen	766
§ 107 Entschädigung der Auskunftspflichtigen und der Sachverständigen	766
4. Unterabschnitt. Fristen, Termine, Wiedereinsetzung	768
§ 108 Fristen und Termine	768
§ 109 Verlängerung von Fristen	774
§ 110 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	777
5. Unterabschnitt. Rechts- und Amtshilfe	803
§ 111 Amtshilfepflicht	803
§ 112 Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe	807
§ 113 Auswahl der Behörde	809
§ 114 Durchführung der Amtshilfe	809
§ 115 Kosten der Amtshilfe	810
§ 116 Anzeige von Steuerstraftaten	810
§ 117 Zwischenstaatliche Rechts- und Amtshilfe in Steuersachen	812
§ 117a Übermittlung personenbezogener Daten an Mitgliedstaaten der Europäischen Union	868
§ 117b Verwendung von den nach dem Rahmenbeschluss 2006/960/JI des Rates übermittelten Daten	873
§ 117c Umsetzung innerstaatlich anwendbarer völkerrechtlicher Vereinbarungen zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten	875
§ 117d Statistiken über die zwischenstaatliche Amts- und Rechtshilfe	879
Zweiter Abschnitt. Verwaltungsakte	879
§ 118 Begriff des Verwaltungsakts	879
§ 119 Bestimmtheit und Form des Verwaltungsakts	896
§ 120 Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt	910
§ 121 Begründung des Verwaltungsakts	913
§ 122 Bekanntgabe des Verwaltungsakts	917
§ 122a Bekanntgabe von Verwaltungsakten durch Bereitstellung zum Datenabruf	945
§ 123 Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten	947
§ 124 Wirksamkeit des Verwaltungsakts	949
§ 125 Nichtigkeit des Verwaltungsakts	952
§ 126 Heilung von Verfahrens- und Formfehlern	958
§ 127 Folgen von Verfahrens- und Formfehlern	962
§ 128 Umdeutung eines fehlerhaften Verwaltungsakts	965
§ 129 Offenbare Unrichtigkeiten beim Erlass eines Verwaltungsakts	968
§ 130 Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts	982
§ 131 Widerruf eines rechtmäßigen Verwaltungsakts	994
§ 132 Rücknahme, Widerruf, Aufhebung und Änderung im Rechtsbehelfsverfahren	998
§ 133 Rückgabe von Urkunden und Sachen	1000

Vierter Teil

Durchführung der Besteuerung

Erster Abschnitt. Erfassung der Steuerpflichtigen	1001
1. Unterabschnitt. Personenstands- und Betriebsaufnahme	1001
§ 134 bis § 136 [aufgehoben]	1001
2. Unterabschnitt. Anzeigepflichten	1001
§ 137 Steuerliche Erfassung von Körperschaften, Vereinigungen und Vermögensmassen	1001

§ 138	Anzeigen über die Erwerbstätigkeit	1001
§ 138a	Länderbezogener Bericht multinationaler Unternehmensgruppen	1012
§ 138b	Mitteilungspflicht Dritter über Beziehungen inländischer Steuerpflichtiger zu Drittstaat-Gesellschaften	1020
§ 138c	Verordnungsermächtigung	1025
§ 138d	Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen	1026
§ 138e	Kennzeichen grenzüberschreitender Steuergestaltungen	1038
§ 138f	Verfahren zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen durch Intermediäre	1049
§ 138g	Verfahren zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen durch Nutzer	1057
§ 138h	Mitteilungen bei marktfähigen grenzüberschreitenden Steuergestaltungen	1059
§ 138i	Information der Landesfinanzbehörden	1060
§ 138j	Auswertung der Mitteilungen grenzüberschreitender Steuergestaltungen	1060
§ 138k	Angabe der grenzüberschreitenden Steuergestaltung in der Steuererklärung	1062
§ 139	Anmeldung von Betrieben in besonderen Fällen	1062
3.	Unterabschnitt. Identifikationsmerkmal	1063
§ 139a	Identifikationsmerkmal	1063
§ 139b	Identifikationsnummer	1065
§ 139c	Wirtschafts-Identifikationsnummer	1074
§ 139d	Verordnungsermächtigung	1080
Zweiter Abschnitt. Mitwirkungspflichten		1080
1.	Unterabschnitt. Führung von Büchern und Aufzeichnungen	1080
§ 140	Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten nach anderen Gesetzen ..	1080
§ 141	Buchführungspflicht bestimmter Steuerpflichtiger	1086
§ 142	Ergänzende Vorschriften für Land- und Forstwirte	1092
§ 143	Aufzeichnung des Wareneingangs	1093
§ 144	Aufzeichnung des Wareneingangs	1094
§ 145	Allgemeine Anforderungen an Buchführung und Aufzeichnungen ..	1097
§ 146	Ordnungsvorschriften für die Buchführung und für Aufzeichnungen .	1101
§ 146a	Ordnungsvorschrift für die Buchführung und für Aufzeichnungen mittels elektronischer Aufzeichnungssysteme; Verordnungsermächtigung	1137
§ 146b	Kassen-Nachschau	1149
§ 147	Ordnungsvorschriften für die Aufbewahrung von Unterlagen	1154
§ 147a	Vorschriften für die Aufbewahrung von Aufzeichnungen und Unterlagen bestimmter Steuerpflichtiger	1177
§ 147b	Verordnungsermächtigung zur Vereinheitlichung von digitalen Schnittstellen	1187
§ 148	Bewilligung von Erleichterungen	1187
2.	Unterabschnitt. Steuererklärungen	1189
§ 149	Abgabe der Steuererklärungen	1189
§ 150	Form und Inhalt der Steuererklärungen	1200
§ 151	Aufnahme der Steuererklärung an Amtsstelle	1215
§ 152	Verspätungszuschlag	1216
§ 153	Berichtigung von Erklärungen	1235
3.	Unterabschnitt. Kontenwahrheit	1244
§ 154	Kontenwahrheit	1244

Dritter Abschnitt. Festsetzungs- und Feststellungsverfahren	1252
1. Unterabschnitt. Steuerfestsetzung	1252
I. Allgemeine Vorschriften	1252
§ 155 Steuerfestsetzung	1252
§ 156 Absehen von der Steuerfestsetzung	1269
§ 157 Form und Inhalt der Steuerbescheide	1271
§ 158 Beweiskraft der Buchführung	1276
§ 159 Nachweis der Treuhänderschaft	1279
§ 160 Benennung von Gläubigern und Zahlungsempfängern	1283
§ 161 Fehlmengen bei Bestandsaufnahmen	1289
§ 162 Schätzung von Besteuerungsgrundlagen	1291
§ 163 Abweichende Festsetzung von Steuern aus Billigkeitsgründen	1311
§ 164 Steuerfestsetzung unter Vorbehalt der Nachprüfung	1329
§ 165 Vorläufige Steuerfestsetzung, Aussetzung der Steuerfestsetzung	1341
§ 166 Drittwirkung der Steuerfestsetzung	1358
§ 167 Steueranmeldung, Verwendung von Steuerzeichen oder Steuerstemplern	1362
§ 168 Wirkung einer Steueranmeldung	1365
II. Festsetzungsverjährung	1369
§ 169 Festsetzungsfrist	1369
§ 170 Beginn der Festsetzungsfrist	1380
§ 171 Ablaufhemmung	1391
III. Bestandskraft	1421
§ 172 Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden	1421
§ 173 Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden wegen neuer Tatsachen oder Beweismittel	1438
§ 173a Schreib- oder Rechenfehler bei Erstellung einer Steuererklärung	1468
§ 174 Widerstreitende Steuerfestsetzungen	1470
§ 175 Änderung von Steuerbescheiden auf Grund von Grundlagenbeschei- den und bei rückwirkenden Ereignissen	1489
§ 175a Umsetzung von Verständigungsvereinbarungen	1512
§ 175b Änderung von Steuerbescheiden bei Datenübermittlung durch Dritte	1513
§ 176 Vertrauensschutz bei der Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden	1515
§ 177 Berichtigung von materiellen Fehlern	1529
IV. Kosten	1533
§ 178 Kosten bei besonderer Inanspruchnahme der Zollbehörden	1533
§ 178a [aufgehoben]	1535
2. Unterabschnitt. Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Festsetzung von Steuermessbeträgen	1535
I. Gesonderte Feststellungen	1535
§ 179 Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	1535
§ 180 Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	1547
§ 181 Verfahrensvorschriften für die gesonderte Feststellung, Feststellungs- frist, Erklärungsspflicht	1570
§ 182 Wirkungen der gesonderten Feststellung	1581
§ 183 Empfangsbevollmächtigte bei der einheitlichen Feststellung	1588
II. Festsetzung von Steuermessbeträgen	1596
§ 184 Festsetzung von Steuermessbeträgen	1596
3. Unterabschnitt. Zerlegung und Zuteilung	1601
§ 185 Geltung der allgemeinen Vorschriften	1601
§ 186 Beteiligte	1603

§ 187	Akteneinsicht	1603
§ 188	Zerlegungsbescheid	1604
§ 189	Änderung der Zerlegung	1605
§ 190	Zuteilungsverfahren	1606
4.	Unterabschnitt. Haftung	1607
§ 191	Haftungsbescheide, Duldungsbescheide	1607
§ 192	Vertragliche Haftung	1638
Vierter Abschnitt. Außenprüfung		1639
1.	Unterabschnitt. Allgemeine Vorschriften	1639
§ 193	Zulässigkeit einer Außenprüfung	1639
§ 194	Sachlicher Umfang einer Außenprüfung	1649
§ 195	Zuständigkeit	1658
§ 196	Prüfungsanordnung	1662
§ 197	Bekanntgabe der Prüfungsanordnung	1669
§ 198	Ausweispflicht, Beginn der Außenprüfung	1675
§ 199	Prüfungsgrundsätze	1676
§ 200	Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen	1677
§ 200a	Qualifiziertes Mitwirkungsverlangen	1682
§ 201	Schlussbesprechung	1685
§ 202	Inhalt und Bekanntgabe des Prüfungsberichts	1687
§ 203	Abgekürzte Außenprüfung	1689
§ 203a	Außenprüfung bei Datenübermittlung durch Dritte	1690
2.	Unterabschnitt. Verbindliche Zusagen auf Grund einer Außenprüfung	1691
§ 204	Voraussetzung der verbindlichen Zusage	1691
§ 205	Form der verbindlichen Zusage	1696
§ 206	Bindungswirkung	1697
§ 207	Außerkräfttreten, Aufhebung und Änderung der verbindlichen Zusage	1698
Fünfter Abschnitt. Steuerfahndung (Zollfahndung)		1699
§ 208	Steuerfahndung (Zollfahndung)	1699
§ 208a	Steuerfahndung des Bundeszentralamts für Steuern	1715
Sechster Abschnitt. Steueraufsicht in besonderen Fällen		1716
§ 209	Gegenstand der Steueraufsicht	1716
§ 210	Befugnisse der Finanzbehörde	1717
§ 211	Pflichten der betroffenen Person	1721
§ 212	Durchführungsvorschriften	1721
§ 213	Besondere Aufsichtsmaßnahmen	1722
§ 214	Beauftragte	1723
§ 215	Sicherstellung im Aufsichtsweg	1724
§ 216	Überführung in das Eigentum des Bundes	1726
§ 217	Steuerhilfspersonen	1728
Fünfter Teil		
Erhebungsverfahren		
Erster Abschnitt. Verwirklichung, Fälligkeit und Erlöschen von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis		1729
1.	Unterabschnitt. Verwirklichung und Fälligkeit von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	1729
§ 218	Verwirklichung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	1729
§ 219	Zahlungsaufforderung bei Haftungsbescheiden	1741

§ 220	Fälligkeit	1743
§ 221	Abweichende Fälligkeitsbestimmung	1746
§ 222	Stundung	1746
§ 223	[aufgehoben]	1753
2.	Unterabschnitt. Zahlung, Aufrechnung, Erlass	1754
§ 224	Leistungsort, Tag der Zahlung	1754
§ 224a	Hingabe von Kunstgegenständen an Zahlungs statt	1757
§ 225	Reihenfolge der Tilgung	1758
§ 226	Aufrechnung	1760
§ 227	Erlass	1778
3.	Unterabschnitt. Zahlungsverjährung	1786
§ 228	Gegenstand der Verjährung, Verjährungsfrist	1786
§ 229	Beginn der Verjährung	1788
§ 230	Hemmung der Verjährung	1790
§ 231	Unterbrechung der Verjährung	1791
§ 232	Wirkung der Verjährung	1797
Zweiter Abschnitt. Verzinsung, Säumniszuschläge		1798
1.	Unterabschnitt. Verzinsung	1798
§ 233	Grundsatz	1798
§ 233a	Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen	1800
§ 234	Stundungszinsen	1817
§ 235	Verzinsung von hinterzogenen Steuern	1821
§ 236	Prozesszinsen auf Erstattungsbeträge	1826
§ 237	Zinsen bei Aussetzung der Vollziehung	1832
§ 238	Höhe und Berechnung der Zinsen	1837
§ 239	Festsetzung der Zinsen	1844
2.	Unterabschnitt. Säumniszuschläge	1849
§ 240	Säumniszuschläge	1849
Dritter Abschnitt. Sicherheitsleistung		1861
<i>Vor §§ 241 ff.</i>		1861
§ 241	Art der Sicherheitsleistung	1862
§ 242	Wirkung der Hinterlegung von Zahlungsmitteln	1865
§ 243	Verpfändung von Wertpapieren	1866
§ 244	Taugliche Steuerbürgen	1866
§ 245	Sicherheitsleistung durch andere Werte	1868
§ 246	Annahmewerte	1869
§ 247	Austausch von Sicherheiten	1870
§ 248	Nachschusspflicht	1870

Sechster Teil Vollstreckung

Erster Abschnitt. Allgemeine Vorschriften		1871
<i>Vor § 249</i>		1871
§ 249	Vollstreckungsbehörden	1872
§ 250	Vollstreckungsersuchen	1876
§ 251	Vollstreckbare Verwaltungsakte	1877
§ 252	Vollstreckungsgläubiger	1890
§ 253	Vollstreckungsschuldner	1890
§ 254	Voraussetzungen für den Beginn der Vollstreckung	1890
§ 255	Vollstreckung gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts	1893

§ 256	Einwendungen gegen die Vollstreckung	1894
§ 257	Einstellung und Beschränkung der Vollstreckung	1895
§ 258	Einstweilige Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung	1897
Zweiter Abschnitt. Vollstreckung wegen Geldforderungen		1901
1.	Unterabschnitt. Allgemeine Vorschriften	1901
§ 259	Mahnung	1901
§ 260	Angabe des Schuldgrundes	1902
§ 261	Niederschlagung	1903
§ 262	Rechte Dritter	1904
§ 263	Vollstreckung gegen Ehegatten oder Lebenspartner	1911
§ 264	Vollstreckung gegen Nießbraucher	1915
§ 265	Vollstreckung gegen Erben	1915
§ 266	Sonstige Fälle beschränkter Haftung	1920
§ 267	Vollstreckungsverfahren gegen nicht rechtsfähige Personen- vereinigungen	1922
2.	Unterabschnitt. Aufteilung einer Gesamtschuld	1923
	<i>Vor §§ 268 ff.</i>	1923
§ 268	Grundsatz	1923
§ 269	Antrag	1924
§ 270	Allgemeiner Aufteilungsmaßstab	1926
§ 271	Aufteilungsmaßstab für die Vermögensteuer	1926
§ 272	Aufteilungsmaßstab für Vorauszahlungen	1927
§ 273	Aufteilungsmaßstab für Steuernachforderungen	1928
§ 274	Besonderer Aufteilungsmaßstab	1928
§ 275	[aufgehoben]	1929
§ 276	Rückständige Steuer, Einleitung der Vollstreckung	1929
§ 277	Vollstreckung	1931
§ 278	Beschränkung der Vollstreckung	1931
§ 279	Form und Inhalt des Aufteilungsbescheids	1933
§ 280	Änderung des Aufteilungsbescheids	1935
3.	Unterabschnitt. Vollstreckung in das bewegliche Vermögen	1936
I.	Allgemeines	1936
§ 281	Pfändung	1936
§ 282	Wirkung der Pfändung	1937
§ 283	Ausschluss von Gewährleistungsansprüchen	1939
§ 284	Vermögensauskunft des Vollstreckungsschuldners	1939
II.	Vollstreckung in Sachen	1951
§ 285	Vollziehungsbeamte	1951
§ 286	Vollstreckung in Sachen	1952
§ 287	Befugnisse des Vollziehungsbeamten	1954
§ 288	Zuziehung von Zeugen	1958
§ 289	Zeit der Vollstreckung	1959
§ 290	Aufforderungen und Mitteilungen des Vollziehungsbeamten	1959
§ 291	Niederschrift	1960
§ 292	Abwendung der Pfändung	1961
§ 293	Pfand- und Vorzugsrechte Dritter	1962
§ 294	Ungetrennte Früchte	1963
§ 295	Unpfändbarkeit von Sachen	1965
§ 296	Verwertung	1968
§ 297	Aussetzung der Verwertung	1969
§ 298	Versteigerung	1970
§ 299	Zuschlag	1971
§ 300	Mindestgebot	1973

§ 301	Einstellung der Versteigerung	1974
§ 302	Wertpapiere	1974
§ 303	Namenspapiere	1975
§ 304	Versteigerung ungetrennter Früchte	1976
§ 305	Besondere Verwertung	1976
§ 306	Vollstreckung in Ersatzteile von Luftfahrzeugen	1977
§ 307	Anschlusspfändung	1978
§ 308	Verwertung bei mehrfacher Pfändung	1979
III.	Vollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte	1981
§ 309	Pfändung einer Geldforderung	1981
§ 310	Pfändung einer durch Hypothek gesicherten Forderung	1989
§ 311	Pfändung einer durch Schiffshypothek oder Registerpfandrecht an einem Luftfahrzeug gesicherten Forderung	1991
§ 312	Pfändung einer Forderung aus indossablen Papieren	1992
§ 313	Pfändung fortlaufender Bezüge	1992
§ 314	Einziehungsverfügung	1993
§ 315	Wirkung der Einziehungsverfügung	1995
§ 316	Erklärungspflicht des Drittschuldners	1997
§ 317	Andere Art der Verwertung	1998
§ 318	Ansprüche auf Herausgabe oder Leistung von Sachen	1999
§ 319	Unpfändbarkeit von Forderungen	2001
§ 320	Mehrfache Pfändung einer Forderung	2019
§ 321	Vollstreckung in andere Vermögensrechte	2021
4.	Unterabschnitt. Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen	2024
§ 322	Verfahren	2024
§ 323	Vollstreckung gegen den Rechtsnachfolger	2030
5.	Unterabschnitt. Arrest	2030
§ 324	Dinglicher Arrest	2030
§ 325	Aufhebung des dinglichen Arrestes	2036
§ 326	Persönlicher Sicherheitsarrest	2037
6.	Unterabschnitt. Verwertung von Sicherheiten	2039
§ 327	Verwertung von Sicherheiten	2039
Dritter Abschnitt. Vollstreckung wegen anderer Leistungen als Geldforderungen		2040
1.	Unterabschnitt. Vollstreckung wegen Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen	2040
Vor § 328		2040
§ 328	Zwangsmittel	2040
§ 329	Zwangsgeld	2042
§ 330	Ersatzvornahme	2043
§ 331	Unmittelbarer Zwang	2043
§ 332	Androhung der Zwangsmittel	2044
§ 333	Festsetzung der Zwangsmittel	2045
§ 334	Ersatzzwangshaft	2046
§ 335	Beendigung des Zwangsverfahrens	2048
2.	Unterabschnitt. Erzwingung von Sicherheiten	2048
§ 336	Erzwingung von Sicherheiten	2048
Vierter Abschnitt. Kosten		2049
§ 337	Kosten der Vollstreckung	2049
§ 338	Gebührenarten	2049
§ 339	Pfändungsgebühr	2050
§ 340	Wegnahmegebühr	2051

§ 341	Verwertungsgebühr	2051
§ 342	Mehrheit von Schuldnern	2052
§ 343	[weggefallen]	2053
§ 344	Auslagen	2053
§ 345	Reisekosten und Aufwandsentschädigungen	2054
§ 346	Unrichtige Sachbehandlung, Festsetzungsfrist	2054

Siebenter Teil Außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren

Vor §§ 347ff.	2057
Erster Abschnitt. Zulässigkeit	2059
§ 347 Statthaftigkeit des Einspruchs	2059
§ 348 Ausschluss des Einspruchs	2065
§ 349 [weggefallen]	2068
§ 350 Beschwer	2068
§ 351 Bindungswirkung anderer Verwaltungsakte	2076
§ 352 Einspruchsbefugnis bei der einheitlichen Feststellung	2083
§ 353 Einspruchsbefugnis des Rechtsnachfolgers	2090
§ 354 Einspruchsverzicht	2091
Zweiter Abschnitt. Verfahrensvorschriften	2094
§ 355 Einspruchsfrist	2094
§ 356 Rechtsbehelfsbelehrung	2097
§ 357 Einlegung des Einspruchs	2101
§ 358 Prüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen	2107
§ 359 Beteiligte	2108
§ 360 Hinzuziehung zum Verfahren	2108
§ 361 Aussetzung der Vollziehung	2117
§ 362 Rücknahme des Einspruchs	2136
§ 363 Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	2139
§ 364 Offenlegung der Besteuerungsunterlagen	2147
§ 364a Erörterung des Sach- und Rechtsstands	2148
§ 364b Fristsetzung	2150
§ 365 Anwendung von Verfahrensvorschriften	2155
§ 366 Form, Inhalt und Erteilung der Einspruchsentscheidung	2158
§ 367 Entscheidung über den Einspruch	2162
§ 368 [weggefallen]	2173

Achter Teil Straf- und Bußgeldvorschriften, Straf- und Bußgeldverfahren

Erster Abschnitt. Strafvorschriften	2175
<i>Vor §§ 369ff.</i>	2175
§ 369 Steuerstraftaten	2175
§ 370 Steuerhinterziehung	2177
§ 370a [aufgehoben]	2308
§ 371 Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung	2308
§ 372 Bannbruch	2344
§ 373 Gewerbsmäßiger, gewaltsamer und bandenmäßiger Schmuggel	2347
§ 374 Steuerhehlerei	2358
§ 375 Nebenfolgen	2369

§ 375a [aufgehoben]	2373
§ 376 Verfolgungsverjährung	2374
Zweiter Abschnitt. Bußgeldvorschriften	2386
§ 377 Steuerordnungswidrigkeiten	2386
§ 378 Leichtfertige Steuerverkürzung	2390
§ 379 Steuergefährdung	2398
§ 380 Gefährdung der Abzugsteuern	2406
§ 381 Verbrauchsteuergefährdung	2409
§ 382 Gefährdung der Einfuhr- und Ausfuhrabgaben	2411
§ 383 Unzulässiger Erwerb von Steuererstattungs- und Vergütungs- ansprüchen	2415
§ 383a [aufgehoben]	2416
§ 383b Pflichtverletzung bei Übermittlung von Vollmachtsdaten	2416
§ 384 Verfolgungsverjährung	2418
§ 384a Verstöße nach Artikel 83 Absatz 4 bis 6 der Verordnung (EU) 2016/679	2419
Dritter Abschnitt. Strafverfahren	2420
1. Unterabschnitt. Allgemeine Vorschriften	2420
§ 385 Geltung von Verfahrensvorschriften	2420
§ 386 Zuständigkeit der Finanzbehörde bei Steuerstraftaten	2428
§ 387 Sachlich zuständige Finanzbehörde	2432
§ 388 Örtlich zuständige Finanzbehörde	2434
§ 389 Zusammenhängende Strafsachen	2436
§ 390 Mehrfache Zuständigkeit	2436
§ 391 Zuständiges Gericht	2436
§ 392 Verteidigung	2439
§ 393 Verhältnis des Strafverfahrens zum Besteuerungsverfahren	2445
§ 394 Übergang des Eigentums	2462
§ 395 Akteneinsicht der Finanzbehörde	2464
§ 396 Aussetzung des Verfahrens	2465
2. Unterabschnitt. Ermittlungsverfahren	2468
I. Allgemeines	2468
§ 397 Einleitung des Strafverfahrens	2468
§ 398 Einstellung wegen Geringfügigkeit	2474
§ 398a Absehen von Verfolgung in besonderen Fällen	2475
II. Verfahren der Finanzbehörde bei Steuerstraftaten	2484
§ 399 Rechte und Pflichten der Finanzbehörde	2484
§ 400 Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	2513
§ 401 Antrag auf Anordnung von Nebenfolgen im selbständigen Verfahren	2516
III. Stellung der Finanzbehörde im Verfahren der Staatsanwaltschaft	2519
§ 402 Allgemeine Rechte und Pflichten der Finanzbehörde	2519
§ 403 Beteiligung der Finanzbehörde	2520
IV. Steuer- und Zollfahndung	2521
§ 404 Steuer- und Zollfahndung	2521
V. Entschädigung der Zeugen und der Sachverständigen	2528
§ 405 Entschädigung der Zeugen und der Sachverständigen	2528
3. Unterabschnitt. Gerichtliches Verfahren	2529
§ 406 Mitwirkung der Finanzbehörde im Strafbefehlsverfahren und im selbständigen Verfahren	2529
§ 407 Beteiligung der Finanzbehörde in sonstigen Fällen	2530

4. Unterabschnitt. Kosten des Verfahrens	2532
§ 408 Kosten des Verfahrens	2532
Vierter Abschnitt. Bußgeldverfahren	2533
Vor § 409	2533
§ 409 Zuständige Verwaltungsbehörde	2533
§ 410 Ergänzende Vorschriften für das Bußgeldverfahren	2534
§ 411 Bußgeldverfahren gegen Rechtsanwälte, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer oder vereidigte Buchprüfer	2540
§ 412 Zustellung, Vollstreckung, Kosten	2541
 Neunter Teil Schlussvorschriften	
§ 413 Einschränkung von Grundrechten	2543
§ 414 (<i>gegenstandslos</i>)	2543
§ 415 (<i>Inkrafttreten</i>)	2543
Anlage: Mustersatzung zu § 60	2544
Sachverzeichnis	2547


beck-shop.de
 DIE FACHBUCHHANDLUNG